

Die Renaissance des politischen Islams in Indonesien

Der Erlass gegen die Ahmadiyah: Anfang vom Ende interreligiöser Toleranz?

Felix Heiduk

Von den hiesigen Medien wie der Politik weitgehend unbeachtet ist in Indonesien der einstmals tolerante und moderate Islam durch die De-facto-Aufhebung des in der Verfassung garantierten Prinzips der religiösen Toleranz weiter ins Hintertreffen geraten. Mit seinen 220 Millionen Einwohnern, die zu 90 Prozent muslimischen Glaubens sind, galt Indonesien mit seiner in religiöser Hinsicht neutralen Verfassung seit dem Übergang zur Demokratie 1998 als Musterbeispiel für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie. Wenngleich von einer Islamisierung der Politik noch keine Rede sein kann, weisen zunehmend Indikatoren darauf hin, dass das Bild eines toleranten und offenen Islams in Indonesien mehr und mehr Risse bekommt.

Ein mit Unterstützung der Regierung Susilo Bambang Yudhoyono am 9. Juni 2008 veröffentlichter interministerieller Erlass verbietet Anhängern der muslimischen Ahmadiyah-Gemeinschaft fortan die öffentliche Ausübung jeglicher religiöser Aktivitäten. Nach der heterodoxen Islam-Interpretation der Ahmadiyah, die über Dekaden hinweg weitgehend konfliktfrei neben der orthodoxen Interpretation existiert hat, ist der Ahmadiyah-Gründer Ghulan Mirza Ahmed und nicht Mohammed der letzte Prophet des Islams. Bei Nichtbefolgung des Erlasses drohen den 200 000 Mitgliedern der Ahmadiyah bis zu fünf Jahre Gefängnis. Der Erlass spricht zwar kein ausdrückliches Verbot der Ahmadiyah aus. Er verbannt jedoch auf Druck islamistischer Kräfte eine

Organisation aus dem öffentlichen Leben Indonesiens, weil sie einer heterodoxen Islamauslegung anhängt.

Diesem Rechtsakt ging eine jahrelange Kampagne gegen die als Ketzer verschrieenen Anhänger der Ahmadiyah voraus. Der indonesische Rat der *Ulama* (islamischen Rechtsgelehrten) hatte bereits 2005 eine *fatwa* (ein islamisches Rechtsgutachten) veröffentlicht, in der die Lehren der Ahmadiyah als Häresie bezeichnet wurden. Daraufhin kam es zu Anschlägen islamistischer Gruppierungen, unter anderem von Anhängern der *Front Pembela Islam* (FPI – Front der Verteidiger des Islams), auf Ahmadiyah-Einrichtungen: Moscheen und Häuser wurden niedergebrannt, es kam zu Übergriffen auf Mitglieder der Organisation

sowie vermeintliche »Unterstützer« der Ahmadiya. In Jakarta demonstrierten die FPI und andere islamistische Organisationen für ein Verbot der Ahmadiyah und drohten ihr offen mit einem *jihad* (Heiligen Krieg). Brisant erscheint vor allen Dingen der Umstand, dass wenige Tage zuvor im Internet ein Video aufgetaucht war, in dem der Generalsekretär der FPI, Ahmad Sobir Lubis, andere FPI-Mitglieder dazu aufrief, Ahmadiyah-Mitglieder zu töten. Dass letztlich die von Susilo Bambang Yudhoyono geführte Zentralregierung vor dem Druck religiöser Hardliner einknickte, ist allerdings kein Einzelfall und muss im Kontext einer verstärkten Islamisierung von Politik und Gesellschaft in Indonesien gesehen werden.

Die wachsende Bedeutung des Islams in Politik und Gesellschaft

Der politische Islam war unter der autoritären »neuen Ordnung« Suhartos jahrzehntelang unterdrückt worden. Erst die politische Liberalisierung Indonesiens 1998 ebnete den Weg für eine Renaissance des politischen Islams. Während hierbei zunächst moderate islamische Intellektuelle innerhalb der demokratischen Reformbewegung eine zentrale Rolle beim Sturz des Suharto-Regimes spielten, haben in den letzten Jahren religiöse Hardliner immer mehr Zulauf bekommen. Die Bombenanschläge des Terrornetzwerks Jemaah Islamiyah (JI – Islamische Gemeinschaft) sorgten international ebenso für Aufsehen wie die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen auf den Molukken, auf Kalimantan und Sulawesi. In vielen größeren Städten gründeten sich zudem islamistische Milizen, die gegen »Sündenpfuhle« wie Nachtclubs, die Redaktionsbüros der indonesischen Ausgabe des Playboy oder Versammlungen linker Gruppen vorgingen.

Dass die Renaissance des politischen Islams im Post-Suharto-Indonesien nicht nur auf seinen gewaltbereiten Flügel reduziert werden kann, zeigen die Wahlerfolge

der von der Muslimbruderschaft stark inspirierten PKS (*Partai Keadilan Sejahtera* – Partei für Wohlstand und Gerechtigkeit). Die PKS, die bei den Wahlen 1999 nicht einmal zwei Prozent der Stimmen gewonnen hatte, konnte ihr Ergebnis 2004 auf mehr als sieben Prozent verbessern. Nachdem Bemühungen islamistischer Parteien, auf nationaler Ebene die Sharia einzuführen, zuletzt 2003 im Parlament gescheitert waren, hat die PKS bei den nationalen Wahlen 2004 auf eine entsprechende Forderung bewusst verzichtet. Sie setzte statt dessen auf ein sozialreformerisches Programm und den Kampf gegen Korruption, Drogen und Prostitution.

Die Umsetzung ihres Wahlprogramms blieb die Partei aber bislang in weiten Teilen schuldig und verlor Umfragen zufolge in den letzten drei Jahren massiv an Stimmanteilen. Gering ist Meinungsumfragen zufolge auch die Zustimmung zu islamistischen Terrororganisationen, allen voran der Jemaah Islamiyah, die zudem durch die Verhaftung von mehreren Hundert Mitgliedern sowie nahezu der gesamten Führungsriege 2007 massiv geschwächt wurde.

Aus diesem insgesamt höchst widersprüchlich anmutenden Bild lassen sich mehrere Rückschlüsse ziehen: Erstens bilden diejenigen Organisationen, die als islamistisch zu bezeichnen sind, keine homogene Einheit. Sie sind in Bezug auf Strukturen, Aktionsformen und politische Zielsetzungen höchst heterogen, wenngleich sie in ideologischer Hinsicht Überschneidungen aufweisen. Zweitens verläuft die Islamisierung der Politik in Indonesien keineswegs linear, bietet das Bild einer vielschichtigen Gemengelage und ist sowohl von Erfolgen wie Rückschlägen geprägt. Drittens kann aus den Rückschlägen nicht auf ein Ende der Renaissance des politischen Islams geschlossen werden. Die Islamisierung Indonesiens schlägt sich bislang nicht so sehr in Wahlergebnissen, politischen Mehrheitsverhältnissen in den Parlamenten oder Umfragewerten nieder, sondern wirkt bisher vor allem auf gesellschaftspolitischer Ebene.

Der auf Druck der Islamisten von der Zentralregierung verabschiedete Ahmadiyah-Erlass ist hierfür nur ein Beispiel. Ein weiteres sind die bereits in mehr als zehn Prozent aller Regierungsbezirke eingeführten Sharia-ähnlichen Verordnungen. Im Wesentlichen fußen sie auf islamischen Rechtsgrundsätzen und schreiben zum Beispiel die Einhaltung eines islamischen Kleidungs- und Verhaltenskodex vor oder verbieten Glücksspiele oder Alkoholkonsum. Derartige Verordnungen, die im Rahmen der Dezentralisierung Indonesiens auf regionaler Ebene erlassen werden können, gelten beispielsweise auch in der gesamten Provinz Aceh. Wenngleich sie unter den Vorzeichen lokaler Autonomie zunächst rechtskräftig sind, stehen diese Verordnungen oftmals im Widerspruch zur säkularen, demokratischen Verfassung des Landes. Viele von ihnen sind auf lokaler Ebene mit Unterstützung formell »säkularer« Parteien implementiert worden. Im Kontext der seit den siebziger Jahren voranschreitenden gesellschaftlichen Islamisierung ist die Unterstützung von Sharia-Verordnungen auch für Politiker »säkularer« Parteien zu einem strategischen Instrument geworden, das sie einsetzen, um sich mit Blick auf ihre Wählerschaft den Anschein moralischer Kreditwürdigkeit zu geben.

Gesellschaftliche und politische Folgen

Während religiöse Toleranz als Teil der Staatsphilosophie Indonesiens bislang fest verankert war, scheinen die Verfechter eines moderaten Islams und eines in religiöser Hinsicht neutralen Staates zunehmend an Boden zu verlieren. Dabei wirken Politik und Gesellschaft wechselseitig aufeinander ein. Durch die voranschreitende Islamisierung der Gesellschaft erhöht sich der Druck auf (derzeit noch vor allem lokale) politische Akteure, mit dieser Entwicklung durch entsprechende Programmatiken und Politiken Schritt zu halten. Die in der Folge implementierten »isla-

mischen« Politiken verstärken wiederum die bislang vor allem lokal zu beobachtenden gesellschaftlichen Islamisierungsprozesse.

Dass die Regierung von Susilo Bambang Yudhoyono im Falle der Ahmadiyah vor dem Druck der Islamisten einknickte, könnte auch auf nationaler Ebene Signalwirkung haben. Nicht nur Teile des militanten Flügels der Islamisten dürften sich dadurch gestärkt sehen, dass es sich für die FPI als möglich erwies, durch Einsatz von Gewalt das Regierungshandeln in ihrem Sinne zu beeinflussen. Grundsätze der Verfassung, wie zum Beispiel religiöse Pluralität und das Recht auf freie Religionsausübung, wurden auf diese Weise unterminiert. Religiösen Hardlinern ist es gelungen, die Reichweite der Kompetenzen des politischen Islams innerhalb der jungen Demokratie auszutesten und diese in letzter Konsequenz mit dem Ahmadiyah-Erlass erneut auszudehnen. Verfechter eines moderaten Islams dagegen sind aus der Auseinandersetzung über die Ahmadiyah geschwächt hervorgegangen.

Der stärker werdende politische Einfluss der Islamisten könnte sich im kommenden Wahljahr 2009 auch auf parlamentarischer Ebene bemerkbar machen. Wenn Susilo Bambang Yudhoyono 2009 erneut zum Präsidenten gewählt werden will, braucht er aller Voraussicht nach die Stimmen der Islamisten, um eine Mehrheit zu erreichen. Seine eigene Partei hat derzeit nur gut zehn Prozent der Parlamentssitze, und die anderen säkularen Parteien werden wohl eigene Kandidaten ins Rennen um den Präsidentenposten schicken. Demzufolge dürfte der Islam wahrscheinlich weiter an politischer Bedeutung gewinnen. Gleiches gilt für die Frage nach der zukünftigen Gestalt und Ausrichtung des politischen Islams in Indonesien. Einer offenen und kontroversen Debatte über diese Frage war der Ahmadiyah-Erlass sicherlich nicht förderlich. Sein Zustandekommen verweist auf eine politische Kräfteverschiebung zugunsten religiöser Hardliner und lässt sich auch als Indiz für eine beginnende Instrumentali-

sierung des Islams auf nationaler Ebene deuten.

Nach wie vor sind die zentralen sozio-ökonomischen Probleme des Landes ungelöst. Trotz hohen Wirtschaftswachstums leben zehn Jahre nach der Asienkrise noch immer mehr als 30% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Dies allein ist für viele Indonesier schon Beleg genug für das Scheitern eines als »westlich« deklarierten Politik- und Wirtschaftsmodells und verleitet sie dazu, sich verstärkt religiösen »Alternativen« zuzuwenden. Das Ausspielen der »grünen Karte« mag für die Regierung von Susilo Bambang Yudhoyono angesichts massiver sozioökonomischer Probleme derzeit als vernünftige Strategie erscheinen, sie könnte allerdings auch zu einer weiteren Blockierung des Reformprozesses beitragen.

Indonesien auf dem Weg in einen Islamstaat?

Hier soll keinesfalls der Eindruck erweckt werden, Indonesien stehe kurz vor einer wie auch immer gearteten »islamischen Revolution«. Ungeachtet dessen geben die vorgestellten Indikatoren Anlass genug, das Phänomen »Islamismus« breiter zu problematisieren, statt es auf gewaltbereite, terroristische Organisationen wie Jemaah Islamiyah zu verkürzen. Obwohl ein keineswegs neues Phänomen, fand die Renaissance des politischen Islams in Indonesien erst mit den Anschlägen von Bali im Oktober 2002 Beachtung. Fortan wurde der Fokus allerdings in erster Linie auf die Netzwerke der Jemaah Islamiyah in Indonesien und der gesamten Region gerichtet. Dabei sind Jemaah Islamiyah und andere militante islamistische Gruppierungen nur die berühmte »Spitze« eines (äußerst vielgestaltigen) »Eisbergs«.

Am Beispiel des Ahmadiyah-Erlasses ist gezeigt worden, dass der politische Islam in der Gesellschaft zunehmend an Einfluss gewinnt. Wenn Deutschland und die EU ein prioritäres Interesse an Indonesien als Musterbeispiel für die Vereinbarkeit von

Demokratie und Islam haben, dann müssen sie den aktuellen, oftmals widersprüchlich erscheinenden Entwicklungen mehr Beachtung schenken. Aus den Erfahrungen mit anderen muslimischen Ländern kann die Lehre gezogen werden, dass es nicht sinnvoll ist, eine »appeasement«-Politik gegenüber gewaltbereiten islamistischen Hardlinern zu unterstützen. Denn sie trägt durch ihre affirmative Signalwirkung lediglich zur weiteren Schwächung moderater Kräfte bei.

Das Problem, das sich hier stellt, ist weit aus breiter angelegt, als bisher in der internationalen Politik angenommen wird. Die nach wie vor dominierende Fokussierung auf die Strafverfolgung gewaltbereiter Islamisten in Indonesien muss um einen inklusiven gesellschaftspolitischen Ansatz erweitert werden. Ziel der deutschen wie europäischen Außenpolitik muss es daher sein, moderate Kräfte im Land, die ideologische Gegenentwürfe entwickeln und vertreten können, nachdrücklicher zu stärken. Dass solche Kräfte vorhanden sind, zeigen unter anderem die vielen lokalen Proteste gegen Organisationen wie die FPI in den letzten Wochen. Moderate Kräfte könnten zum Beispiel dadurch gestärkt werden, dass man die Bildung möglichst breit orientierter Netzwerke unterstützt. Über diese vermittelt könnte auch ein demokratischer innergesellschaftlicher Diskurs über Interpretation und Politisierungsgrad des Islams neue Impulse erhalten.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364